

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 84 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, würdigt Leonid Breschnew als Staatsmann der Kontinuität.

Seite 1

Egon Bahr MdB, SPD-Präsidiumsmitglied, erläutert eine weiteres Mal seine Antwort auf Minister Wörner.

Seite 3

Peter Männing MdB: Die CSU bedient sich des Richard Allen.

Seite 4

Robert Antretter MdB interpretiert die Ergebnisse der Verkehrssicherheits-Kommission.

Seite 5

Dagmar Luuk MdB kritisiert Minister Geißler: Wende-maßnahmen auch in der Frauenpolitik.

Seite 7

37. Jahrgang / 215

11. November 1982

Eine Phase der Kontinuität ist zu Ende gegangen

Zum Tod des sowjetischen Staats- und Regierungschefs Leonid Breschnew

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Leonid Breschnew, der über viele Jahre hinweg unbestritten führende politische Mann der Sowjetunion, ist tot. Eine lange Phase der Kontinuität in der Politik der einen Weltmacht ist damit zu Ende gegangen.

Leonid Breschnew und ich sind uns seit 1970 mehrfach begegnet. Er war auf seiner Seite die maßgebliche Kraft in dem Bemühen, das Verhältnis zwischen unseren Staaten zu normalisieren, die Grundlagen zu legen für eine Aussöhnung zwischen den Völkern und die Voraussetzungen zu schaffen für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa. Der Moskauer Vertrag vom August 1970 hat weiterwirkende Bedeutung.

Er war ein entschiedener Verfechter der Interessen seines Landes, so wie er sie verstand. Dabei konnte man sich auf Abreden mit ihm verlassen. Er hat über lange Zeit hinweg, auch als es international immer schwieriger wurde, die sowjetische Außenpolitik auf einem Kurs der Entspannung



und der Zusammenarbeit gehalten. Stellvertretend für sein ganzes Volk galt sein starkes Engagement der Verhinderung eines neuen Weltkriegs, also heute: der nuklearen Katastrophe.

Das gilt unbeschadet dessen, daß sein Verständnis von Sicherheit für sein Land auch zu Entscheidungen führte wie jene im Hinblick auf Afghanistan, die von uns verurteilt werden mußten und müssen.

Es ist im Westen die Frage aufgekommen, ob man bei dem Bemühen um den Abbau von Spannungen und die Begrenzung von Rüstungen alle Gelegenheiten genutzt hat, so lange er die Geschicke der Sowjetunion bestimmte. Erst die Zukunft wird zeigen können, ob und welche Möglichkeiten versäumt wurden.

Fest steht jedenfalls, daß erst eine neue stabile Führung in Moskau jene Berechenbarkeit sowjetischer Politik wieder herstellen kann, auf die nicht nur wir in der Bundesrepublik angewiesen sind. Um so wichtiger ist es, daß von uns, vom Westen, eine verlässliche, stetige, auf Zusammenarbeit und nicht auf Konfrontation gerichtete Politik die Chancen für den Abbau von Rüstungen und die Sicherung des Friedens wahrt.

(-/11.11.1982/ks/va)

+ + +



Die SPD ändert ihre Position nicht

Minister Wörner sieht sich falsch interpretiert

Von Egon Bahr MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Die SPD ändert weder ihre Auffassung noch ihre Beschlüsse, wenn sie aus der Regierung in die Opposition geht. Wir hüten Kontinuität und achten darauf, wie weit die Bundesregierung ihr Versprechen hält, Kontinuität zu wahren.

Zum Thema der Mittelstrecken-Verhandlungen in Genf heißt das: Wir drängen auf ein Verhandlungsergebnis, das die Stationierung neuer amerikanischer Raketen überflüssig macht. Nach allen Angaben ist ein solches Verhandlungsergebnis zeitlich bis zum Herbst nächsten Jahres erreichbar, also bis zu einem Zeitpunkt, bevor mit der Stationierung begonnen werden kann. Voraussetzung ist, daß beide Seiten nicht bei ihren "Maximal-Positionen", wie Bundeskanzler Schmidt formuliert hat, verharren. Deshalb habe ich am 21. Oktober auf dem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung den sowjetischen Teilnehmern erklärt: Wenn die Verhandlungen an der unverändert starren sowjetischen Position scheitern, werde ich eine Zustimmung zum Beginn der Stationierung empfehlen. Deshalb habe ich ein Nein der SPD näher rücken sehen, wenn sich die amerikanische Maximal-Position nicht bewegt. Der Bundesverteidigungsminister war für eine Äußerung zu kritisieren, die den Eindruck machen mußte, als ob er den bisherigen deutschen Druck auf die Verhandlungen wegnimmt und damit den Amerikanern gewissermaßen nahelegt, sie könnten noch sehr lange verhandeln, die Stationierung werde jedenfalls beginnen.

Bundesverteidigungsminister Wörner hat mir gestern erklärt, daß ich ihn falsch interpretiert hätte. Es sei nicht seine Absicht gewesen, den Verhandlungsdruck zu lockern. Er habe sowohl zeitlich wie materiell die bisherigen deutschen Positionen vertreten.

Das kann mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden.

Die SPD will ihre Entscheidung im Herbst nächsten Jahres fällen. Das kann sie, solange sich die Bundesregierung an die versprochene Kontinuität hält. Dann nämlich ist vorher kein Entscheidungsbedarf. Das muß die Bundesregierung wissen. Durch Leonid Breschnews Tod können sich neue Unberechenbarkeiten und Unsicherheiten für das Thema ergeben, das für deutsche Interessen von so erstrangiger Bedeutung ist.

(-/11.11.1982/bgy/va)

+ + +



Die CSU bedient sich eines "Sicherheitsrisikos"

Richard Allen offerierte der Seidel-Stiftung seine Brandstifter-Thesen

Von Peter Männing MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Nun ist Richard Allen wieder da. Nach der seinerzeitigen und ehrenrührigen Entfernung aus dem Amt des Nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Reagan aufgrund eines Bestechungsskandals fand er kürzlich als Gast einer "Internationalen Strategie-Konferenz" der Strauß-Partei nur allzu offene Ohren für seine Forderung nach einer "ideologischen Offensive" des Westens, um "die Welt davon zu überzeugen, daß der Marxismus-Leninismus versagt" habe.

Richard Allen, heute wie damals der neokonservativen Reagan-Politik auf das innerlichste verbunden, feierte den Wortbruch Genschers und die Wahl eines CDU/CSU-Übergangskanzlers mit der überraschenden Enthüllung: "Wir haben so lange auf dieses Ereignis gewartet."

Endlich sei der von den Sozialdemokraten heimlich geplante Weg zu einem "neuen Rapallo" und damit zu einer neutralistisch-freundschaftlichen Hinwendung zur Sowjetunion gestoppt. Endlich habe man einen "gleichgesinnten deutschen Partner", um die Sowjets von der Entschlossenheit des Westens zu überzeugen, um endlich die notwendige militärische Stärke zu beweisen und der "fehlgeschlagenen" Entspannungspolitik den verdienten Garaus zu bereiten.

Und mehr noch: Nach Überzeugung des Globalpolitikers Allen müsse sich der Westen jetzt "auf Polen konzentrieren" sowie den "schädlichen Einfluß" der Sozialistischen Internationalen in der Dritten Welt bekämpfen...

Wir Sozialdemokraten stellen fest: An Richard Allen sind keine Fragen mehr zu richten. Als privatisierender Polit-Brandstifter hat er auch dem allerletzten Zweifler seines politischen Schicksals den schlagenden Beweis geliefert: Uns allen ist durch seinen Rausschmiß offenkundig vieles erspart geblieben, denn dieser "Sicherheitsberater" wäre in Wahrheit ein Sicherheitsrisiko für alle Bemühungen um ein friedvolles internationales Zusammenleben gewesen. Dieser sogenannte "Experte" kann nur noch unser aller Mitleid beanspruchen.

Fragen aber müssen die Verantwortlichen für dieses CSU-Gruselmeeting beantworten: Wie steht es um die von Bundeskanzler Kohl angekündigte "Kontinuität" gerade in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik? Oder wird auch hier nur noch der schöne Schein gewahrt, bis es für die deutsche Außenpolitik der neuen Rechts-Koalition endgültig heißt: "Augen rechts!"?

(-/11.11.1982/ks/va)

+ + +



Die Toten auf unseren Straßen klagen an

Wir brauchen ein neues Leitbild im Straßenverkehr

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Man kennt es ja zur Genüge: Humaner Fortschritt ist überall nur eine Schnecke. Und dennoch: Muß es wirklich sein, daß jedermann sich täglich über Schreckensnachrichten aus aller Welt erregt, kaum jemand aber davon Notiz nimmt, daß jeden Tag auf unseren Straßen 32 Menschen gleichsam unbemerkt sterben? Oder daß Horrorbegriffe wie Gau und Atomkrieg lähmende Angst verbreiten, während die täglichen 1.300 Verletzten, die es bei zahllosen Unfällen "an der nächsten Ecke" erwischt, bestenfalls Stoff zum gelangweilten Nachbarschaftsgespräch bieten?

In der Tat: Die Gleichgültigkeit macht Angst, mit der "unsere Verkehrsoffer" zu unvermeidlichen Risiken der technischen Zivilisation stilisiert werden. Dabei wäre allein schon die aus handgreiflichen Umweltgründen offenkundig gewordene "Krise des Automobils" Anlaß genug, Alarm zu schlagen und hellhörig zu machen.

"So darf es nicht weitergehen! An die Stelle von Gleichgültigkeit muß Betroffenheit treten." Das ist jedenfalls der eindringliche Appell einer noch vom sozialdemokratischen Bundesminister für Verkehr Volker Hauff eingesetzten "Kommission für Verkehrssicherheit". Unter Vorsitz des ehemaligen Bundesministers Hermann Höcherl hat sie in beeindruckender Weise eine Zwischenbilanz der Sicherheit im Straßenverkehr gezogen und Wege zur Verminderung der Unfallzahlen aufgezeigt. Der vorliegende Bericht ist zweifellos ein Dokument von gesellschaftspolitischem Rang, ein Dokument freilich, das uns beschämen muß.

Die Kommission weist eindeutig nach, daß die wesentlichen Ursachen der dramatischen Situation unserer Verkehrssicherheit in verfestigten Einstellungen des Egoismus und im unverantwortlichen Sozialverhalten liegen. Der Vergleich mit anderen Industriegesellschaften wird für die Bundesrepublik einfach unerträglich:

- In Großbritannien oder Japan ist das Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, nur halb so groß wie in der Bundesrepublik Deutschland;
- in der Bundesrepublik Deutschland verunglücken doppelt so viele Kinder wie etwa in Italien oder Schweden;
- nur in der Bundesrepublik besteht für jugendliche Fahrer eine so hohe Gefährdung, daß für die 15- bis 25jährigen der Verkehrsunfall zur Haupttodesursache geworden ist.



Ein Blick in die Statistik der Unfallursachen zeigt, daß nach wie vor überhöhte Fahrgeschwindigkeit und Alkoholismus die Hauptrolle spielen. Die Kommission hat daher nur zu recht, wenn sie es als vorrangige Aufgabe der Politik ansieht, den Stellenwert der Verkehrssicherheit im Meinungsbild der Öffentlichkeit beträchtlich anzuheben. Die Tatsache, daß auf keinem der letzten Parteitage über verkehrspolitische Themen diskutiert worden ist, scheint die Unterschätzung dieser Gesellschaftsprobleme zu beweisen. Eine neue gemeinsame Anstrengung zur Aufklärungsarbeit wird jedenfalls unverzichtbar, soll das Ziel "Halbierung allen menschlichen Leids und aller volkswirtschaftlichen Verluste", erreicht werden. Was dazu die Kommission als "allgemeine Empfehlungen" gibt und welche "flankierenden Maßnahmen" sie vorschlägt, sollte jeder nachlesen.

Politisch kommt es jetzt vor allem darauf an, die Bundesregierung in vierfacher Hinsicht zu fordern:

1. Die Vorschläge der "Kommission für Verkehrssicherheit" müssen vom Bundesminister für Verkehr, Dollinger, inhaltlich aufgegriffen und rasch mit konkreten Maßnahmen zum Beispiel bei der Koordinierung der Verkehrssicherheitsarbeit beantwortet werden.
2. Die merkwürdige Leerstelle in der Regierungserklärung ("Ein zukunftsorientiertes Verkehrswesen ist für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze von großer Bedeutung") muß schleunigst mit praktikablen Konzepten, insbesondere zum öffentlichen Personennahverkehr, gefüllt werden.
3. Die Kommission macht zurecht darauf aufmerksam, daß Fragen des Umweltschutzes verkehrspolitisch "keinesfalls vernachlässigt" werden dürfen. Hier müssen wir verlangen, daß die "ökologienpolitischen Orientierungen der SPD", die unter umfassenden Aspekten ein integriertes Verkehrssystem ansteuern, entsprechende Beachtung finden.
4. Soll die Formel von der "geistig-moralischen Erneuerung" mehr sein als konservatives Wortgeklänge, dann bietet nicht zuletzt der Bereich Verkehrssicherheit ein praktisches Bewährungsfeld. Das Leitbild des "verantwortungsbewußten Miteinanders im Straßenverkehr", das die Kommission in Erinnerung ruft, müßte nicht nur propagiert, sondern organisatorisch umgesetzt werden. Nur der verantwortungsbewußte Bürger, durch Verkehrserziehung aufgeklärt, hat ein Recht auf freie Fahrt. Für "Tempo 30" in bestimmten Stadtteilen oder grundsätzlich für die "Null-Promille-Regelung" zu werben, ist vor allem eine politische Aufgabe.

Es wäre viel gewonnen, gälten Moral und Vernunft als Maßstäbe zur Verkehrssicherheit. Wir Sozialdemokraten werden die "Koalition der Mitte" darauf drängen, weil wir seit jeher der Ellbogengesellschaft den Kampf angesagt haben. (-/11.11.1982/ks/va)

+ + +



Geißlers Manöver in der Frauenpolitik

Der Dienst an der Knarre als viertes K?

Von Dagmar Luuk MdB

Im Windschatten der harten sozialpolitischen Auseinandersetzungen dieser Wochen und Monate, durch die Wortkaskaden seines erklärungsfreudigen Kabinettkollegen Blüm angestachelt, versucht jetzt Bundesminister Heiner Geißler eine Art politischer Wende auch im Bereich der Frauenpolitik einzuleiten. Anders sind jene unbedachten Äußerungen kaum zu deuten, mit denen der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit Stellung nimmt zum Verhältnis der Frauen zu Wehr- und Zivildienst.

Bevor Geißler jedoch seine Interpretationen zum Thema Frauen und Dienst an der Waffe zum Besten gibt und dabei Staatsbürgerpflichten bemüht, sollte sich der Kabinettsneuling zunächst mit dem rechtlichen Rahmen, der Praxis und der zu erwartenden Personalentwicklung der Bundeswehr auseinandersetzen.

Dem Bundesminister müßte bekannt sein, daß er mit seinem "freiwilligen Angebot" zum Dienst an der Waffe für Frauen an geltendem Verfassungsrecht vorbeizugrenzt. Deshalb sollte er sein Augenmerk eher auf die aktuellen Probleme der knapp 50.000 im zivilen Bereich der Bundeswehr beschäftigten Frauen richten und auch seinen Ministerkollegen Wörner problembewußt machen. Es lohnt sich nämlich daraufhin zu wirken, daß die Personalführung der Bundeswehr im zivilen Bereich, etwa im Sanitätsdienst, Frauen endlich die gleichen Chancen einräumt wie den männlichen Kollegen, daß der Anteil der Frauen angesichts ihrer starken Vertretung in den einzelnen Laufbahngruppen endlich auch in den Spitzenpositionen wächst. Bemühungen in dieser Richtung wären lohnender als der Versuch, Frauen zum Lückenbüßer zu machen, wenn in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts geburtenschwache Jahrgänge zum Wehrdienst herangezogen werden.

Heiner Geißler erinnert sich der Frauen als Notnagel für die kämpfende Truppe der Bundeswehr, bei der derselbe Minister vehement jenes "schreiende Unrecht" beklagt, daß nur 40 Prozent eines Geburtenjahrganges eingezogen werden. Und dies ist derselbe Geißler, der andererseits die "neue Mütterlichkeit" durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes fördern will, der also die für den Lebensraum der Frau im konservativen Denken soklassischen drei K's durch ein 4. K, den Dienst an der Knarre, ergänzen will.

(-/11.11.1982/ks/va)

+ + +

